

Sehr geehrte Frau Hagenbruch, sehr geehrte Damen und Herren des Vereins Bürgerinitiative Breitwiesen e.V.

Zunächst vielen Dank für Ihr Engagement bei dem Schutz unseres Bodens. Landnutzung ist in Deutschland ein umstrittenes viel diskutiertes Thema. Ihre Fragen vom 05.02.2021 halte ich für wichtige Fragestellungen, aber gerade, weil sie so wichtig sind, sind diese nicht mit einem pauschalen ja oder nein, sondern nur differenziert zu beantworten.

Zu Frage 1a+b:

Wir als FDP treten für die Entbürokratisierung ein und sind gegen bundesweite Pauschalregelungen. Wir halten es für wichtig und richtig, dass Bürger vor Ort individuell entsprechend den Gegebenheiten vor Ort passende Regelungen treffen können. Das Thema Windkraft und Ausweisung von Vorranggebieten unabhängig von der Windhöflichkeit und bestehendem Naturschutz hat gezeigt, zu welchen absurden Umsetzungszwängen pauschale Vorschriften führen, auch wenn sie gut gemeint sind.

Aus diesem Grunde halten wir die Reduzierung des Flächenverbrauchs als Zielvorgabe für den geeigneteren Weg. Uns ist die Subsidiarität im politischen Handeln sehr wichtig. Wir vertrauen darauf, dass die Menschen vor Ort über demokratische Gremien im Zusammenwirken mit den Bürgern in der Lage sind, die vor Ort notwendigen Lösungen zu finden. Wir setzen auf eine möglichst hohe Eigenverantwortung der Kommunen bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete. Eine nachhaltige Abwägung zwischen der Ausweisung neuer Gebiete und dem Naturschutz kann am besten durch die Verantwortungsträger vor Ort entschieden werden. Die Sensibilisierung für diese Themen besteht dort.

Die innere Nachverdichtung und Konversion soll dort wo es möglich ist, vorrangig umgesetzt werden. Ist somit der Ausweisung neuer Flächen grundsätzlich vorzuziehen. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass die Lebensqualität in den Städten erhalten bleiben muss. Auch Nachverdichtung hat ihre Grenzen.

Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung sollen möglichst ortsnah erfolgen und nicht über eine dubiose Ökopunktverrechnung. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass auch eine qualitative Aufwertung und Pflege der örtlichen Flächen als Ausgleichsmaßnahmen Berücksichtigung finden. Deutschland ist eine Kulturlandschaft. Wichtig ist nicht nur das Ausmaß der Flächen, sondern deren Pflegequalität und Biodiversität. Gerade für dicht bebaute Gebiete ist ein hochwertiger Naturschutz durch das Anlegen von Biotopen, der laufenden Pflege bspw. von Streuobstwiesen, der Pflege der Stadtnatur etc. wichtig. Hierzu hatten wir vor kurzer Zeit eine FDP-Veranstaltung im Kreis.

Zu Frage 2:

Wir haben in diesem Punkt einen anderen Ansatz. Wir setzen uns bereits seit vielen Jahren für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Die FDP will die Gewerbesteuer im Rahmen einer Neugestaltung der Gemeindefinanzierung so rasch wie möglich abschaffen. An ihre Stelle tritt ein erhöhter Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Dies bewirkt eine höhere Stabilität der Einnahmen der Kommunen als sie die konjunkturanfällige Gewerbesteuer leisten kann. Das eigenständige kommunale Hebesatzrecht auf Steuern, die sämtliche

Bürger und die Wirtschaft betreffen wird, trägt zu einer größeren Bürgernähe in der kommunalen Entscheidungsfindung bei. Der Wettbewerb zwischen Gewerbefläche und Landwirtschaft würde somit im Zusammenhang mit Steuereinnahmen obsolet.

Zu Frage 3:

Eine Entsiegelung soll auf jeden Fall dort stattfinden, wo dies möglich ist. Wir sehen Entsiegelung in erster Linie als Renaturierung. Ein gutes Beispiel ist die Renaturierung von der Sukzessionsfläche (Eisenhüttenstadt) über Waldflächen (Schwedt „Am Waldrand“, Weißwasser, Halle-Silberhöhe „Die Waldstadt“) bis zur Erweiterung bestehender Parkanlagen in innerstädtischen Quartieren (Leipzig „Rabet“). Eine Renaturierung kann daher auch im Rahmen des Stadumbaues umgesetzt werden. In Weinheim ist die geplante Zukunftswerkstatt eine große Chance die Renaturierung und/oder Umwidmung brachliegender Flächen anzuschieben.

Zu Frage 4:

Auch diese Frage lässt sich nicht seriös mit ja oder Nein beantworten. Wir setzen uns für einen qualitativen Ausgleich von Flächenverlusten ein sowie für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Ressource Fläche. Mit Augenmaß sollten neue Gewerbeflächen ermöglicht werden können, die regionale Raumordnung bei den Flächenbedarfen ist daher immer wieder zu überprüfen, um Änderungen des Flächenbedarfes zu berücksichtigen.

Die weitgehende Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sowie die Zusammenarbeit von Gemeinden bei interkommunalen Gewerbegebieten halten wir für zielführend, um den Flächenverbrauch zu minimieren. Ebenso die Überprüfung bestehender Bebauungspläne, die noch von hohen längst überholten Flächenbedarfen ausgehen. Gerade für die Bedürfnisse kleiner Betriebe eignet sich oft auch die Anpassung von Bebauungsplänen in Mischgebieten oder Urbanen Gebiete oder ehemalige Hafengebiete, wie z.Bsp. in Mannheim oder Rostock geschehen.

Für die Umnutzung aufgegebenen Flächen (Gewerbebrachen, Konversionsflächen) benötigen Gemeinden eine engagierte Wirtschaftsförderung, die bei Interessenskollisionen nicht in Abwehr- und Kampfstrategien verfällt, sondern Lösungen sucht.

Unsere Priorität liegt daher darauf, den betroffenen Menschen vor Ort, die Möglichkeit zu bieten, die für sie geeigneten Lösungen zu finden, der Subsidiarität, wie oben beschrieben, mehr Gewicht zu geben.

Wichtig halte ich bei der Abwägung von Gewerbeflächen und landwirtschaftlichen Flächen, die betroffenen Landwirte in ihrer Funktion als Familienunternehmer, die über mehrere Generationen wirtschaften und planen sowie in ihrer Funktion als Kulturlandschaftserhalter mehr als bisher zu würdigen und zu berücksichtigen.

Zu Frage 5:

Liberaler Politik verschließt sich das Einfrieren dynamischen Prozesse. Mein Einsatz richtet sich an den Gegebenheiten des Ortes. Bezahlbarer Wohnraum, Erhalt von Streuobstwiesen, Arbeitsplätze vor Ort sichern, beinhalten gegenläufige Interessen. Hier gilt es, diese aufzuzeigen, Konflikte nicht mit „Schönwetterreden“ aus dem Weg zu gehen. Letztendlich müssen jedoch durch die Politik Lösungen aufgezeigt werden und auch gegen zunächst bestehenden Widerstand vertreten werden. Dies mit dem

Ziel Bestmögliches zu erreichen. Dafür habe ich in meiner bisherigen Arbeit auf Landesebene eingesetzt. Konkret arbeite ich zurzeit an einer Verbesserung der Bewirtschaftung des Straßenbegleitgrüns. Hier geht es zwar um unversiegelte Flächen. Deren falsche Bewirtschaftung jedoch Flora und Fauna in unserer unmittelbaren Umgebung und landesweit reduziert, sehr nützliche Flächen durch Kahlschlag zu Unzeiten wegfallen.

Wir müssen für sinnvolle Projekte werben, die den Flächenverbrauch reduzieren, Stichwort hier ist der Einsatz für Mehrgenerationenprojekte.

Zu Frage 6:

Es steht jedem offen, auch einen persönlichen Beitrag zu leisten und nicht nur restriktive politische Vorschriften für die jetzige Generation der Landverbraucher fordern. Grundsätzlich halte ich es auch für schwierig, wenn der Teil der Gesellschaft, der davon profitiert hat, dass wunderbare ehemalige landwirtschaftliche Flächen in großzügige Einfamilienhausgebiete oder großflächige Gewerbegebiete umgewidmet wurden, nun von einem anderen Teil der Gesellschaft und ganz besonders der kommenden Generation mit erhobenem Zeigefinger Verzicht und Beschränkung fordert.

Auch hier sind Lösungen gefragt.

Ich persönlich halte es daher für zielführend, wenn jeder, der dazu beitragen kann, Wohnflächen verringert und dadurch einen Teil zur Nutzung durch Dritte, wie zum Beispiel wieder vermehrte Vermietung von leerstehenden Einliegerwohnungen freigibt. Oder Gewerbeflächen gemeinsam genutzt werden. Oder in urbanen Bereichen, auch auf dem Privatgelände, mehr renaturiert wird. Oder wissenschaftlich begleitete, nicht ideologisch motivierte, Ausgleichsmöglichkeiten auf bereits genutztem Gewerbegebiet schafft.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Kohl